Datenschutzerklärung
für Bewerber(innen) und Mitarbeiter(innen)

Datenschutzrechtlich Verantwortlicher

Der Verantwortliche im Sinne der DSGVO ist:

VON ROHR Patentanwälte Partnerschaft mbB
Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Fon: +49 (0) 201 890 65 890
FAX: +49 (0) 201 890 65 900
E-Mail: mail@vonrohr.de

Datenschutzbeauftragte:

Für Fragen, Kommentare und Bitten bezüglich des Datenschutzes wenden Sie sich bitte an unsere Datenschutzbeauftragte, zu erreichen per E-Mail an datenschutz@vonrohr.de, telefonisch unter +49 201 890 65 890 oder per Post an VON ROHR Patentanwälte Partnerschaft mbB, Datenschutzbeauftragte, Rüttenscheider Str. 62, 45130 Essen.

Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und Verwendung

Wenn Sie sich für eine berufliche Tätigkeit bei uns bewerben, erheben wir die folgenden Informationen (Bewerberdaten):

- Anrede, Vorname und Nachname,
- Anschrift,
- E-Mail-Adresse,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk),
- Informationen, die für die Abwicklung des Bewerbungsverfahrens notwendig sind, wie Geburtsdatum, Bilddaten (Passbild), Daten zur Schulausbildung und beruflichen Qualifikation, Beurteilungen und Arbeitszeugnisse, Angaben zur Zuverlässigkeit und Gesundheitsdaten (z.B. im Falle einer Schwerbehinderung).

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als Bewerber identifizieren und beurteilen zu können zu können und
- zur Korrespondenz mit Ihnen.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken erforderlich. Die Datenverarbeitung erfolgt gemäß § 26 BDSG-neu, insbesondere für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder nach Begründung des Beschäftigungsverhältnisses für dessen Durchführung oder Beendigung.

Wenn wir Ihre Daten anderweitig verwenden sollen oder wollen (z.B. zur Aufnahme in einen Bewerberpool), geschieht dies nur auf Grundlage Ihrer ausdrücklichen Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO).

Wird von uns kein Beschäftigungsverhältnis mit Ihnen begründet, so werden die Bewerbungsunterlagen spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe der Absageentscheidung gelöscht, es sei denn, dass

- sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben oder
- einer Löschung sonstige berechtigte Interessen von uns entgegenstehen.

Ein sonstiges berechtigtes Interesse in diesem Sinne ist beispielsweise eine Beweispflicht in einem Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Begründen wir ein Beschäftigungsverhältnis mit Ihnen, erheben wir obige und weitere Informationen, die wir für die Zahlung Ihres Arbeitsentgelts, Ihre Sozialversicherung und die Abfuhr Ihrer Lohnsteuer benötigen, nämlich Angaben zum Familienstand / zu Kindern, Bankverbindung, ggf. Abmahnungen, Sozialversicherungsdaten, Steuerklasse, Angaben zur beruflichen Weiterbildung, Urlaubszeiten, Religionszugehörigkeit, Zutrittsdaten (Gebäudezutritt), Arbeitszeiten, Benutzernamen und Log-Daten (bei der Nutzung des Internet) und die Betriebsratszugehörigkeit als Beschäftigungsdaten.

Die Datenverarbeitung ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Beschäftigungsverhältnis erforderlich.

Die von uns zu Beschäftigten erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten (10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Beschäftigungsverhältnis beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass

- Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben oder
- einer Löschung sonstige berechtigte Interessen von uns nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO entgegenstehen.

Jegliche Verarbeitung erfolgt nur in dem Maße, wie dies für den Abschluss des Beschäftigungsverhältnisses, zu dessen Durchführung und für die Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen gegenüber Sozialversicherungen und Finanzverwaltung sowie für den geordneten Geschäftsbetrieb erforderlich ist.

Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt:

Eine Übermittlung von Bewerberdaten an Dritte ist nicht vorgesehen und erfolgt allenfalls nach vorheriger Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO.

Eine Übermittlung von Beschäftigtendaten erfolgt regelmäßig an staatliche Stellen (Finanzverwaltung), an Sozialversicherungsträger und den Steuerberater. Die Weitergabe von Beschäftigtendaten erfolgt beschränkt auf Anrede, Vorname und Nachname in Kombination mit betrieblichen Kontaktdaten auch an Dritte in Ländern außerhalb der EU, soweit und in einem Umfang, wie für den geordneten Geschäftsbetrieb erforderlich ist.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO eine etwa erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen, was zur Folge hat, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;

gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen, insbesondere über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftige Informationen zu deren Einzelheiten;

gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;

gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;

gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen (Datenübertragbarkeit);

gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, soweit Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet, wozu eine entsprechende Erklärung an datenschutz@vonrohr.de genügt; und

gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wobei Sie sich in der Regel hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.